

/// Che sarà ...?

## EUROPA UND SEINE INSTITUTIONEN NACH DEM BREXIT

**MANFRED WEBER** /// wird als einer der neuen Europäer bezeichnet, der sich mit Herzblut dafür einsetzt, Europa wieder auf einen gemeinschaftlichen Kurs zu bringen und zukunftsorientiert zu entwickeln. „Unsere Aufgabe ist es, das Verschiedene zu einer Einheit zu verbinden“, sagt er. Frei nach Franz Josef Strauß' Ausspruch „Bayern ist unsere Heimat, Deutschland unser Vaterland, Europa unsere Zukunft“, ging der Niederbayer nach Brüssel und wurde vor zwei Jahren zum Fraktionssprecher der Europäischen Volkspartei (EVP) gewählt. Aber auch seiner Heimat ist er treu geblieben. Er war von 2008 bis 2016 Bezirksvorsitzender der CSU Niederbayern und ist seit 2015 stellvertretender Parteivorsitzender.

**Politische Studien:** Herr Weber, beginnen wir mit Großbritannien und dem Referendum. Juncker und viele der europäischen Regierungschefs haben sich klar dafür ausgesprochen, dass das Vereinigte Königreich auch in Zukunft ein enger Partner bleibe, es einen Zugang zum Binnenmarkt „à la carte“ für die Briten jedoch nicht geben solle. Wer Zugang bekomme, müsse alle Freiheiten ohne Ausnahmen und Nuancen umsetzen. Die Austrittsbefürworter haben sich da in eine enorme Zwickmühle zwischen ihren Versprechungen und der europäischen Realität gebracht. Sogar drastische Steuersenkungen werden nun ins Spiel gebracht, um Unternehmen in Großbritannien zu halten. Wie beurteilen Sie die Situation

der Briten? Wird ein Europa unter ökonomischem Druck eventuell doch mehr Zugeständnisse machen, als es die Briten „verdient“ haben?

**Manfred Weber:** Wir haben uns gewünscht und dafür gekämpft, dass Großbritannien in der EU bleibt. Leider ist es anders gekommen. Uns bleibt nichts anderes übrig, als das Ergebnis des Referendums zu akzeptieren. Großbritannien ist dadurch in die größte Krise der Nachkriegszeit gestürzt, die britische Wirtschaft enorm unter Druck geraten und eine Rezession laut Experten nicht mehr abzuwenden. Gleichzeitig ist die Gesellschaft tief gespalten und es wurde viel Hass und Zwietracht gesät. In Schottland und Nordirland sind die Un-



Wer zieht sich nun den Schuh an, wenn selbst die Gallionsfiguren des EU-Austritts von Großbritannien sich mittlerweile auf die Socken gemacht haben ...?



Wir wollen weiter gute und enge **BEZIEHUNGEN** zu Großbritannien ... allerdings nur zu unseren Spielregeln.

abhängigkeitsbewegungen wieder er-starkt.

Diesen Scherbenhaufen nun aufzu-kehren, wird nicht einfach sein. Die neue britische Regierung muss die wirt-schaftliche wie politische Unsicherheit in ihrem Land schnell beenden und rasch Klarheit darüber schaffen, wie sie sich die künftigen Beziehungen zur EU vorstellt. Ohne Hast, aber in einem sauberen und zügigen Verfahren müssen wir dann einen partnerschaftlichen Ver-trag mit Großbritannien verhandeln. Wir wollen weiter gute und enge Bezie-hungen. London möchte weiter am Bin-nenmarkt teilnehmen. Dafür sind wir offen – allerdings nur zu unseren Spiel-regeln. Und das bedeutet, dass alle vier europäischen Grundfreiheiten, also auch die Personenfreizügigkeit, weiter gelten müssen. Die britische Rosinenpi-ckerei darf keine Chance mehr haben. Sie wäre unfair gegenüber den EU-Bür-gern. Daran können wir kein Interesse haben.

**Politische Studien:** Der Wettbewerb bei den Tories um die Nachfolge David Camerons ist abgeschlossen. Die neue Premier-ministerin, Theresa May, kündigte an, den Austrittsantrag zügig zu stellen, ein Zwang hierfür besteht jedoch nicht. Und auch das Austritts-prozedere wird Jahre

dauern. Wie wird Brüssel mit dieser Schwebesituation umgehen?

**Manfred Weber:** Zum ersten Mal will ein Staat aus der EU wieder austreten. Wir haben hierfür also keine Blaupause. Es gilt Artikel 50 des EU-Vertrages. Da-nach muss die Entflechtung der Bezie-hungen innerhalb von zwei Jahren abge-schlossen sein. Diese Frist gilt ab dem Tag, an dem Großbritannien offiziell sein Austrittsgesuch überbringt. Bis zum tatsächlichen Tag des Brexit bleibt das Land reguläres Mitglied der Euro-päischen Union, mit allen Rechten und Pflichten. Das Europäische Parlament kann dem Austrittsvertrag am Ende zu-stimmen oder diesen ablehnen. Die for-malen Spielregeln sind also klar, bieten aber dennoch Spielraum. Es ist wichtig, jetzt Unsicherheit zu vermeiden. Des-halb sollte die britische Regierung bald-möglichst sagen, wie sie sich den Aus-tritt vorstellt. Gleichwohl sind bereits erste Tatsachen geschaffen worden. So hat Großbritannien seinen Verzicht auf die EU-Ratspräsidentschaft 2017 erklärt und auch im Europäischen Parlament haben manche britischen Abgeordneten ihnen bereits zugeteilte Dossiers wieder abgegeben.

**Politische Studien:** Zwei Tage nach dem britischen Referendum gab die EU-Kom-mission bekannt, die nationalen Parla-mente bei der Ratifizierung des CETA Ab-kommens nicht einzubeziehen. Der Auf-

**schrei, ob die EU denn nichts begriffen habe, ging durch den Kontinent. Die Entscheidung wurde schnell überdacht und nun werden die nationalen Parlamente einbezogen. Wann braucht die EU Ihrer Meinung nach mehr Entscheidungsspielraum, um auch die Bürger Europas wieder besser zu erreichen, und wann weniger?**

**Manfred Weber:** Für mich lautet die Frage, welches Europa wollen wir in Zukunft haben und was kann es überhaupt leisten? Europa muss sich auf die großen Fragen unserer Zeit konzentrieren. Wir brauchen ein stärkeres Zusammenstehen beim Kampf gegen den internationalen Terrorismus, beim Aufbau einer neuen europäischen Sicherheitsarchitektur und einer Außen- und Sicherheitspolitik, die europäische Interessen durchsetzen kann, wo Nationalstaaten an ihre Grenzen stoßen. Auch bei der Erschließung neuer Märkte sowie bei der Errichtung eines digitalen Binnenmarktes brauchen wir ein stärkeres Europa, denn vom europäischen Binnenmarkt hängt unser Wohlstand ab. Gleichzeitig müssen wir weiter gegen die Überregulierung vorgehen und verhindern, dass sich die europäische Gesetzgebung und vor allem deren Umsetzung in nationales Recht, in Details verlieren. Europa braucht hierfür starke Parlamente. Das heißt, europäische Entscheidungen dürfen nicht von Beamten nachts im Hinterzimmer getroffen werden, sondern müssen in den Parlamenten offen diskutiert

und beschlossen werden. Dies bedeutet mehr Demokratie und Transparenz.

**Politische Studien: Solidarität ist keine Einbahnstraße. Auch wenn in manchen Momenten und Situationen das „Geben“ überwiegt, zeigt die langfristige Erfahrung doch, dass am Ende jeder profitiert. In der EU entsteht der Eindruck, dass dieses Denken verloren gegangen ist. Die Nationalstaaten scheinen mehr auf ihre eigenen Interessen und kurzfristige Erfolge bei ihren Wählern bedacht zu sein. Gibt es hierfür eine Lösung?**

**Manfred Weber:** Mangelnde Solidarität haben wir zuletzt bei der Bewältigung der Flüchtlingskrise erlebt. Da helfen aber keine Drohungen und kein Zwang, sondern nur das Werben für gemeinsame und solidarische Lösungen. Die Notwendigkeit der Zusammenarbeit ist offensichtlich, ob auf EU-Ebene oder zuhause in den Hauptstädten. Politiker müssen wieder mehr Verantwortung übernehmen – für das eigene Handeln und auch für Europa. Es ist in unser aller Interesse, dass diese Gemeinschaft funktioniert und fortbesteht. Europa ist unsere Lebensversicherung in einer globalisierten Welt. Nur gemeinsam können wir den neuen ökonomischen Schwergewichten in Asien und in der digitalen Welt auf Augenhöhe entgegen-



**Europäische Entscheidungen dürfen nicht von Beamten nachts im **HINTERZIMMER** getroffen werden.**

treten und unsere Standards verteidigen. Es geht um nichts weniger als die Selbstbehauptung unseres Kontinents.

**Politische Studien:** Warum erreichen die Menschen größtenteils nur die Nachteile der Union? Braucht Brüssel eine bessere PR, um die Errungenschaften Europas für den Einzelnen, die heute für selbstverständlich erachtet werden, in den Vordergrund zu stellen?

**Manfred Weber:** Leider ist es in den Hauptstädten heutzutage fast Usus, auf die EU zu schimpfen. Manche spielen da ein unehrliches Spiel. Anstatt den Menschen zu erklären, wann und warum sie selbst in der EU einer Entscheidung zugestimmt haben, zeigen sie oftmals lieber mit dem Finger auf Europa. Italiens Premierminister Matteo Renzi kritisiert in Rom die Beschlüsse zur Eurostabilität, denen sein Finanzminister in Brüssel zugestimmt hat. Deutschlands Außenminister kritisiert die Russland-Sanktionen, die sein eigener Botschafter am selben Tag in Brüssel durchwinkt. Das ist unehrlich, aber Alltag in Europa. Es muss Schluss damit sein, dass Minister in Brüssel zwar die Hand heben, dann aber in den Hauptstädten nichts mehr davon wissen wollen. Natürlich sind die EU-Institutionen nicht perfekt und auch wir machen Fehler.

Aber alle Politiker müssen ihren Job machen und sollen zu ihren Entscheidungen stehen und diese den Bürgern zuhause erklären.

**Politische Studien:** Sie erwähnen gerne den Begriff der Verantwortungsdemokratie. Was meinen Sie damit und was erwarten Sie sich davon für die Weiterentwicklung der EU?

**Manfred Weber:** Gemeint ist damit, dass die Politik wieder mehr Verantwortung für ihr Handeln übernehmen muss. Nehmen Sie das britische Beispiel. Ex-Premier David Cameron hat jahrelang Stimmung gegen Europa gemacht. Erst in den letzten drei Monaten vor dem Referendum hat er dann plötzlich für den Verbleib in der EU geworben. Das war alles andere als glaubwürdig. Das Hauptproblem ist, dass wir auf nationaler Ebene einen Verlust an Verantwortungsbewusstsein für Europa erleben. Die jetzige Politikergeneration ist dabei, das zu verspielen, was vorherige Generationen mit Mut und Weitsicht aufgebaut haben. Ich plädiere deshalb für eine neue Kultur der Verantwortung.

**Politische Studien:** Der Einfluss Deutschlands innerhalb der EU wird steigen, aber mit Großbritannien wird ein wichtiger, wirtschaftsliberaler Partner wegfallen. Rückt damit die Transferunion näher?



Europa ist unsere **LEBENSVERSICHERUNG** in einer globalisierten Welt.

**Manfred Weber:** Mit dem Austritt der Briten wird sich in Europa so manches ändern. Allerdings geht es weniger um die nationalen Interessen als um die parteipolitische Ausrichtung, welches Europa wir in Zukunft wollen. Jetzt wieder nach der Schuldenunion zu rufen, wie es die Sozialdemokraten tun, geht einfach nicht. Das würde Europa zerreißen. Das wird die EVP auch nicht durchgehen lassen. Unsere Stimme wird ohne die Tories nochmals wichtiger.

**Politische Studien:** Großbritannien hatte nicht nur eine besondere Beziehung zu Europa, sondern auch zu den USA. Wird nun Deutschland der neue strategische Partner in Wirtschaftsfragen?

**Manfred Weber:** Als größte Volkswirtschaft in der EU war Deutschland schon vor dem Brexit-Votum erster Ansprechpartner für die USA in Wirtschaftsfragen. Dies wird sich sicher vertiefen. Der europäische Markt insgesamt bleibt für die USA zentral in ihren Wirtschaftsbeziehungen. Ich gehe davon aus, dass die USA weiterhin höchst interessiert sind an engsten Beziehungen zu Europa.

**Politische Studien:** Wo sehen Sie die Rolle der CSU in Europa bzw. beim Einfluss Deutschlands auf Europa?

**Manfred Weber:** Die CSU will ein starkes Europa, wo Zusammenarbeit notwendig ist, und mehr regionale und nationale Entscheidungen, wo Europa unnötig ist. Wir garantieren ein starkes Bayern in einem starken Europa. Wir gestalten ein wettbewerbsfähiges Europa, ein Europa, das Sicherheit bietet und das zugleich klare geografische und kulturelle Grenzen hat. Einen EU-Beitritt der Türkei lehnen wir deshalb ab. Diese Position wird, wie viele andere auch,

mittlerweile von vielen Freunden innerhalb der EVP in ganz Europa vertreten.

**Politische Studien:** Herr Weber, wir danken Ihnen für das Gespräch.

Die Fragen stellten Dr. Claudia Schlembach, Referentin für Wirtschaft und Finanzen, sowie Ass. Jur. Kea-Sopie Stieber, Referentin für Europäische Integration, Europa- und Völkerrecht, Bürgerrechte und Verfassungsstaat der Akademie für Politik und Zeitgeschehen, Hanns-Seidel-Stiftung, München. ///



**/// MANFRED WEBER, MDEP**

ist Vorsitzender der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament in Brüssel und stellvertretender Vorsitzender der CSU, München.